

RESOLUTION 2016-06

Resolution zur sprachrechtlichen Situation der friesisch-sprachigen Bevölkerung in den Niederlanden

eingereicht von dem Ried fan de Fryske Beweging – Rat der Friesischen Bewegung

Bei der Delegiertenversammlung in Breslau / Wrocław am 21. Mai 2016 haben die Delegierten der Mitgliedsorganisationen der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten folgende Resolution angenommen:

Die Niederlande haben die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (ECRML) sowie das Rahmenübereinkommen zum Schutz Nationaler Minderheiten unterzeichnet.

Die friesische Sprache in Gefahr

Beinahe alle Unternehmenszentralen sind aus Fryslân verschwunden und die Sprache des Vorstandes in Betrieben ist niederländisch geworden, sogar in Landwirtschaftsunternehmen. Das Gleiche passiert derzeit in der Verwaltung, in den Schulen, Gerichten, im Rundfunk, bei der Polizei und im Gesundheitswesen (sogar in der Notrufzentrale). Gemäß dem *Gesetz über den Gebrauch der friesischen Sprache*, müssen die Behörden aber nicht nur die friesische Sprache bewahren, sondern auch ihren Gebrauch fördern. Der „Ried fan de Fryske Beweging“ hat jedoch nie eine Fürsorgepflicht für die friesische Sprache bei den Reformen der Verwaltungsgremien wahrnehmen können. Die Reform der Gerichte in den Niederlanden zeigt genau das Gegenteil: mehr und mehr Sitzungen des Gerichts werden, aufgrund der Spezialisierung der Staatsanwälte, in die benachbarten nicht-friesisch-sprechenden Provinzen verlegt. Eines der markantesten Beispiele war kürzlich die Rechtssache eines friesisch-sprechenden Verdächtigten, der zu einem Gericht außerhalb der Provinz Fryslân berufen wurde. Er hätte von einem Dolmetscher Gebrauch machen können, jedoch hat Fryslân in seiner Hauptstadt ein Gericht, in dem jeder ohne Probleme seine Minderheitensprache benutzen kann.

Die Umsetzung des Gesetzes über den Gebrauch der friesischen Sprache ist eine Sackgasse

Es gibt dutzende Beispiele dafür, dass das Gesetz über den Gebrauch der friesischen Sprache nicht umgesetzt wird. Der „Ried fan de Fryske Beweging“ stellt mit großer Besorgnis fest, dass weder die Zentralregierung, noch die Kommunen über ein Budget verfügen, um das Gesetz umzusetzen. Die Provinz Fryslân hat ein kleines Budget.

Um ein Beispiel zu nennen: die Kommune *De Fryske Marren* hat ein Budget (2015) von 122.400.000 € und spendet 5.000 €, um die friesische Sprache zu bewahren, und sie hat keine Sprachpolitik (die laut dem Gesetz obligatorisch ist). Es gibt eine Vereinbarung zwischen den Kommunen, der Provinz und der Zentralregierung, dass die friesische Sprachpolitik mindestens auf dem gleichen Stand bleiben sollte wenn Kommunen zusammengelegt werden, wie beim Beispiel der Kommune *De Fryske Marren*. In Wirklichkeit jedoch fällt die neue Kommune auf das niedrigste Niveau zurück.

Wir fordern die Niederländische Regierung und die Friesische Provinzregierung auf:

1. Alles zu tun, um die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen (ECRML) und das Rahmenübereinkommen zum Schutz Nationaler Minderheiten umzusetzen und die Verletzung der Europäischen Menschenrechtskonvention zu beenden – auch in Bezug auf das Recht auf ein gerechtes Gerichtsverfahren und den Gebrauch der eigenen Sprache.
2. Gemäß dem *Gesetz über den Gebrauch der friesischen Sprache* (und der unterzeichneten Charta der Regional- oder Minderheitensprachen und des Rahmenübereinkommens zum Schutz Nationaler Minderheiten) die friesische Minderheitensprache zu bewahren und ihren Gebrauch in der Verwaltung, den Schulen, dem Gericht, dem Rundfunk, der Polizei, Gesundheitswesen und in der Notrufzentrale zu fördern. Das bedeutet auch, dass ausreichende Ressourcen zur Verfügung stehen sollten.